

SAARLAND:

## Von Stromsperrn und Zahlenspielen

*Das Jahr 2013 war gerade einen Monat alt, da machte der Saarländische Flüchtlingsrat einen skandalösen Fall von Alltagsschikane im Flüchtlingslager Lebach öffentlich. Ein Ehepaar russischer Herkunft wurde dort von einer Verwaltungsangestellten mündlich aufgefordert, innerhalb der Unterkunft in eine andere Wohnung zu ziehen. Grund: Die Wohnung sei mit Schimmel befallen. Der Mann und die Frau waren nicht einverstanden, weil sie befürchteten, die neue Wohnung könnte noch schlechter sein. Daraufhin wurde noch am selben Tag seitens der Verwaltung der Strom und auch die Heizung abgestellt.*

Erst nachdem das Ehepaar die Polizei zu Hilfe gerufen hatte, wurde die Maßnahme rückgängig gemacht. Allerdings nur für kurze Zeit. Der Strom wurde ohne weitere Begründung erneut abgestellt. Allein durch die Öffentlichkeitsarbeit des Flüchtlingsrates und die Beantragung einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht Saarlouis konnten Verwaltung und Ministerium dazu gezwungen werden, den Strom wieder einzuschalten. Statt „Willkommenskultur“ gehören solche Gängeleien und Schikanen in deutschen Flüchtlingslagern immer noch zum Alltag. In Lebach genauso wie anderswo.

Im Saarland gibt es nur noch dieses eine große Flüchtlingslager mit einer Aufnahmekapazität für 1.200 Menschen. Ob Asylsuchende oder Geduldete, sie alle müssen dort leben, teilweise bis zu 13 Jahren. Die Versorgung findet ausschließlich durch Lebensmittel- und Hygienepakete statt, das alltägliche Leben vollzieht sich auf engstem Raum. Gekocht wird teilweise noch in Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftsduschen stehen nur zu bestimmten Öffnungszeiten zur Verfügung. Insgesamt ist die Einrichtung in einem schlechten Zustand.

Seit rund neun Jahren drängt deswegen der Saarländische Flüchtlingsrat in regelmäßigen Kampagnen auf die Auflösung des Lagers Lebach und fordert Wohnungen statt Lager sowie Geld statt Sachleistungen. Ergebnis ist, dass sich in der Gesellschaft ein Bewusstsein über die schwierigen Lebensverhältnisse der Flüchtlinge entwickelt hat. Kirchen, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und Wohlfahrtsverbände treten inzwischen für eine Umstellung von Sach- auf Geldleistungen sowie für eine zeitliche Begrenzung

des Aufenthalts ein. Seit 2009 existiert hierfür eine parlamentarische Mehrheit, die sich wie schon zuvor unter „Jamaika“ auch unter der aktuellen CDU-SPD-Koalition auf Regierungs- und Oppositionsparteien aufteilt.



Für die jetzige Koalition gilt, was vorher galt: Scheinbar immun gegen jede öffentliche Kritik versucht sie die Causa „Lager Lebach“ auszusitzen. Neu ist nur, dass es zusätzlich noch eine Regierungskommission gibt, an der VertreterInnen der Kommunen und auch die Wohlfahrtsverbände teilnehmen, die im Lager Lebach ihre Beratungsstellen haben; also Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz. Nicht eingeladen wurden dazu Betroffene und der Flüchtlingsrat. Warum auch? Hauptaufgabe ist laut Koalitionsvertrag, dass die Regierungskommission Kriterien entwickeln soll, wonach im Einzelfall nach einem Jahr entschieden wird, wer das Lager Lebach verlassen darf und wer nicht. Monatelang tagte die Kommission, ohne dass auch nur ein Wort an die Öffentlichkeit drang. Dann verkündete sie plötzlich als ersten großen Erfolg, dass etwa 200 der aktuell rund 1.000 Flüchtlinge das Flüchtlingslager verlassen dürften. Ein Durchbruch?

Der Flüchtlingsrat verlangte vom Innenministerium Klarheit über den Status der Betroffenen. Sicherheitshalber gab es zusätzlich eine schriftliche Anfrage nach dem Saarländischen Informationsfreiheitsgesetz, das jeder Person und jedem Verein einen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen der Landesbehörden gewährt. Und siehe da: Das Innenministerium bestätigte etwas kleinlaut, dass die rund 200 Flüchtlinge, die das Lager Lebach verlassen dürfen, sowieso nicht mehr dort wohnen müssen, weil sie eine Aufenthaltserlaubnis haben. Eine Luftnummer also. Peter Nobert vom Vorstand des Flüchtlingsrates kommentiert: „Dies ist, als ob die Regierung vollmundig eine Amnestie für Gefangene verkündet, deren Haftzeit aber sowieso abgelaufen ist“. Warum allerdings Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz diese Zahlenspiele kritiklos mittragen, bleibt deren Geheimnis.

Andreas Ries

**Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.**  
**Kaiser Friedrich Ring 46**  
**66740 Saarlouis**  
**Tel.: 06831 - 4877938**  
**Fax: 06831 - 4877939**  
**[www.asyl-saar.de](http://www.asyl-saar.de)**  
**[fluechtlingsrat@asyl-saar.de](mailto:fluechtlingsrat@asyl-saar.de)**